



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik
am 24. April 2018
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Beyes (L&P)

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind Drucksachenlisten 27/16, 28/16, 12/18, 14/18 und 15/18.

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet. Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

StV. Mensching wird vertreten von StV. Winkelmann.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0028 Tagesordnung

Einstimmig

0029 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 06.03.2018 wird genehmigt.

Einstimmig

0030 16-A-56-0002

Berichterstattung Stabsstelle Bürgerbeteiligung

1. Der mündliche Bericht von Frau Kotzke und Frau Rösler (Stabsstelle Bürgerbeteiligung) wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Bericht wird den Ausschussmitgliedern in schriftlicher Form zugeleitet.

Einstimmig (Kenntnisnahme)

0031 18-F-21-0027

Behördennummer 115
Antrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen vom 04.04.2018

Stv. Dr. Wittkowski begründet den Antrag

Frau Reeves (Hauptamt) ist zu diesem Thema anwesend.

Nach eingehender Diskussion und der Darstellung, dass sich mittlerweile viele Behörden an der einheitlichen Behördennummer beteiligen, wird der Antrag wie folgt abgestimmt:

Ziffer 1 ist durch Aussprache erledigt.

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 24. April 2018

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Ziffer 2 des Antrages wird in folgender Form angenommen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

*bis zur Sommerpause zu berichten, **ob** und in welcher Höhe Planungsmittel benötigt werden, um bis zu den Haushaltsplanberatungen 2020/2021 zur Teilnahme an der Behördennummer D-115 die kompletten Kosten für die Neuorganisation des Servicecenters und die nötige technische Infrastruktur zu ermitteln, damit diese Kosten (Personal, Räumlichkeiten, Arbeitsplatzausstattung, Schulung etc.) dann bei Zustimmung zu dem Konzept für den Doppelhaushalt 2020/2021 angemeldet werden können, sofern nicht bereits Mittel aus dem derzeitigen Haushalt zur Verfügung stehen.*

Einstimmig

Die Punkte 4, 5 und 6 (Beschlüsse Nr. 0032 - 0034) werden gemeinsam beraten:

0032 17-F-10-0006

Mehr Transparenz und Bürgernähe durch Livestream und Zusammenschnitt der Stadtverordnetenversammlungen
- Antrag der AfD-Fraktion vom 21.03.2017 -

Stv. Wernergold begründet den Antrag.

Der Antrag der AfD-Fraktion wird wie folgt abgestimmt:

gegen AfD bei Enthaltung FDP abgelehnt

0033 18-F-05-0021

Aufzeichnung und Video-on-Demand der Stadtverordnetenversammlung
- Antrag der Fraktion FDP vom 08.03.2018

Stv. Rutten begründet den Antrag.

Der Antrag der FDP in den der Antrag von L&P vom 30.03.2017 (17-F-08-0019) aufgegangen ist und der um den Bereich Barrierefreiheit ergänzt werden sollte, wird wie folgt abgestimmt:

gegen FDP, AfD + L&P abgelehnt

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0034 17-F-08-0019

Mehr Transparenz und Bürgernähe durch Livestream und Zusammenschnitt der Stadtverordnetenversammlungen
- Antrag der Fraktion L&P vom 30.03.2017 -

Stv. Sobek begründet den Antrag.

Der Antrag wird von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen

0035 18-F-08-0005

Sachstandsbericht "Zeitgemäßes ,Politisches Informationssystem Wiesbaden (PIWi)
- Antrag L&P vom 24.01.2018 -

Der schriftliche Bericht des Magistrats wird zur Kenntnis genommen.

Der Antrag kommt in der Sitzung des Ausschusses am 30.10.2018 erneut zum Aufruf.

Einstimmig

0036 16-V-33-0005

Entwurf eines Integrationskonzeptes für geflüchtete Menschen in Wiesbaden

Einstimmig

0037 18-V-20-0008

Investitionscontrolling 4. Quartal 2017

Enth. L&P

0038 18-V-30-0006

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsvorstehers für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden VIII (Wiesbaden-Kloppenheim/Heßloch)

Einstimmig

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 24. April 2018

Beschl. Nr. Vorlagen Nr. Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO

0039 18-V-41-0006

Freiwilligen-Zentrum Wiesbaden; Projektförderung "Engagement in der Kultur"

Enth. AfD

0040 Verschiedenes

1. Der Ausschuss nimmt die Bitte des Ausländerbeirates zur Kenntnis, bei der Erstellung einer Satzung für den Ausländerbeirat mitzuwirken.
2. Stv. Apel, Stv. Rutten und Stv. Dr. Wittkowski werden die Erarbeitung der Satzung unterstützen.

Anlagen

Wiesbaden, .05.2018

Vorsitzende

Schriftführerin

Beyes

Koba